

Geschäftsleitungssitzung vom: 11. Sept. 2009

Thema: Armutsstrategie – Auswertung interne Vernehmlassung Juli – August 2009

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
Basel-Stadt	<ul style="list-style-type: none"> • Es werden vorwiegend Empfehlungen an Kantone und Gemeinden formuliert werden ohne, dass sich der Bund selbst in die Pflicht nimmt. Die Frage sei erlaubt, wie der Bund in seinen laufenden Reformprojekten (ALV, IV, Familien-EL, Alimentenbevorschussung etc.) Rücksicht auf die Ziele seiner Armutsstrategie genommen hat bzw. nimmt. Es fällt auf, dass er dabei die Verantwortung und Finanzierungslast systematisch auf die Kantone und Gemeinden abschiebt. 	<ul style="list-style-type: none"> • Obwohl unter 1.5 "Definition der Armut" zwischen Vor- und Nachtransferarmut unterschieden wird, wird diese Unterscheidung im Kapitel 4 nicht vorgenommen (s. 4.1 und 4.2). Wir erachten es jedoch als äusserst wichtig, bei den Armutsquoten zwischen Armut vor und nach Erhalt von Sozialleistungen zu unterscheiden. Wenn die Ansätze der SKOS-Richtlinien als Armutsgrenze definiert werden, sollten in der logischen Konsequenz die Sozialhilfe-Beziehenden nicht mehr als arm gelten. Das bedeutet nicht, dass wir kein sozialpolitisches Problem haben. Die Aussage muss sein, dass das soziale Netz hält, dass aber zu viele Menschen auf dieses Netz angewiesen sind, d.h. dass sie nicht in der Lage sind, ihre Existenz ausreichend aus eigenen Mitteln zu sichern. • Personen, welche auf Sozialhilfeleistungen verzichten. Somit wird die Frage der Armut von Personen, die keine Sozialleistungen beziehen 	<ul style="list-style-type: none"> •

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
		<p>(können) und mit einem Einkommen unter den SKOS-Ansätzen leben, einfach ausgeklammert. Z. B. Sans Papiers oder Leute, die aus Nichtwissen oder Angst vor Stigmatisierung keine Leistungen beanspruchen. Dies scheint uns für einen nationalen Armutsbericht nicht verantwortbar. Wir müssen uns die Frage stellen, wer keine Sozialleistungen erhält und deshalb in Armut lebt und was mögliche Massnahmen zur Bekämpfung dieser Armut sind.</p>	
Bern	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht wenig innovativ, baut auf bestehenden Strukturen und Unzulänglichkeiten auf, entwirft kein kohärentes und zukunftsgerichtetes Gesamtsystem zur Bekämpfung der Armut • Finanzielle Hauptlast an Kantone und Gemeinden • E.B. im Bereich Bildung zeigt der Bericht die Mängel, aber keine Lösungsansätze. 	<ul style="list-style-type: none"> • Teil „Schwelleneffekte“: enthält Begründungen für eine Nivellierung der SH-Ansätze gegen unten (oder so interpretierbar). S. 96: Forderung, Anzelelemente bei der Bemessung der SH zu berücksichtigen, nicht nachvollziehbar, da in den SKOS-RiLi vorgesehen. Forderung S. 97 nicht akzeptabel, da Verringerung der Leistungen der SH zur Vermeidung von Schwelleneffekten angedeutet. Es braucht vielmehr steuerliche und andere Massnahmen zugunsten von Personen im tiefen Einkommensbereich. Darauf hinweisen, dass es nicht so ist, dass sich jemand aussuchen kann, ob er SH beziehen oder arbeiten will). Auf S. 98 Kasten an- 	<ul style="list-style-type: none"> • Impulsprogramm des Bundes im Bereich der präventiven Massnahmen im Vorschulalter (Frühförderung), auch für Kinder, welche nicht familienergänzend betreut werden (grosse Herausforderung = die Kinder zu identifizieren, welche besondere Fördermassnahmen brauchen). Ziel: Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und Förderung der Kinder. Überlegung, wie Frühförderung in sozial schwachen Familien aus bildungsfernem Hintergrund verbindlich verlangt werden kann. Gut: Einführung des obligatorischen Kindergartens. • Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung: braucht Qualität, um

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
		<p>merken, dass SH teils nach anderen Grundsätzen ausgestaltet und deshalb die Empfehlungen nicht ohne Weiteres gelten. Problematisch deshalb auch Aussage auf S. 99 zu den Schwelleneffekten bei der SH.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Case Management Berufsbildung ist der richtige Ansatz für eine bedarfsgerechte, effiziente und individuelle Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten an den beiden Übergängen. Besonders wichtig ist beim CM, dass es auf der Sekundarstufe I ansetzen kann und eine Begleitung über beide Übergänge hinweg möglich ist sofern eine solche notwendig ist. Das CM kann aber nur funktionieren, wenn auch von den Betroffenen selber eine Kooperationsbereitschaft vorhanden ist. Insgesamt muss auch hier eine Strategie entwickelt werden, welche verhindert, dass Jugendliche und junge Erwachsene durch die Maschen fallen. Dies setzt Lernbereitschaft und Kooperation der Betroffenen voraus, bedingt aber auch Auffangnetze. Ein Schritt in die richtige Richtung ist da die interinstitutionelle Zusammenarbeit. • Armut im Alter: Wir würden eine differenziertere und vollständigere 	<p>erfolgreich zu sein, diese müsste im Bericht gefordert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung Eltern in Schule: Einschulungskurse, obligatorische Teilnahme an Elternabenden (allenfalls mit Sanktionen), LehrerInnenfortbildung in Interkulturalität und Heterogenität. • Strategien, Lösungsansätze, Handlungsempfehlungen für ein integratives Schulsystem mit weniger Separation oder Selektion zur Förderung der Chancengleichheit • Niederschwelligere Ausbildung mit Anschluss an Sek II muss konzipiert werden für Jugendliche, für welche die Attestausbildung eine zu hohe Hürde darstellt. • Rahmengesetz in Aussicht stellen (Bund soll Verantwortung für das Gesamtsystem übernehmen). Vorschlag S. 101 ungenügend, da nur auf SH und nicht auf das Gesamtsystem bezogen. • Koordination Massnahmen ALV – IV – SH (Konkurrenz um niederschwellige Arbeitsplätze, Mehrfachbetreuung, etc.): Bericht geht ungenügend auf die Thematik ein. Verweis auf IIZ (S. 76) zu schwach, Analyse muss vertieft und verbindliche Massnahmen gerade auch bez. IIZ vorgeschlagen werden.

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
		<p>Betrachtung begrüßen, denn in keiner Bevölkerungsgruppe sind die Einkommens- und Vermögensunterschiede so gross, wie bei den über 60-jährigen. Kurz- und mittelfristig könnte die Altersarmut wieder steigen: So wächst die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger in der Altersgruppe der 56 – 64-jährigen zurzeit am schnellsten. Ausserdem zeigt sich, dass 20% der Armutsbetroffenen im Alter Frührentnerinnen und Frührentner sind. Die Studie der Pro Senectute Schweiz (Leben mit wenig Spielraum, Altersarmut in der Schweiz, Zürich: Pro Senectute Schweiz 2009) wird zwar erwähnt. Es wäre wünschenswert, wenn der Bericht selbst auch auf diese Aspekte verstärkt eingehen würde. Nicht einverstanden mit der Schlussfolgerung auf S. 110, dass es keine spezifischen, im Alter ansetzenden Massnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut braucht. Die Begründung, dass keine Massnahmen gegen Altersarmut getroffen werden, erschöpft sich im Argument, dass die Armut im Alter stark abgenommen hat. Gerade aufgrund der besonderen Situation der Frauen im Alter (Langlebigkeit, höhere Armutsquote)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Familien-EL: Bund soll die gesetzlichen Grundlagen schaffen und Erkenntnisse AHV nutzen. • Teillohnstellen/Sozialfirmen: „Könnte“-Formulierung auf S. 78 störend für die einzige vorgeschlagene Massnahme, und Zusammenarbeit mit private Firmen an sich noch kein zielführender Ansatz. Nötig: Entwickeln von zusätzlichen Modellen, und offene Auseinandersetzung mit Bedeutung des 2. Arbeitsmarktes für eine wachsende Anzahl von Menschen, aber auch das Problem der Konkurrenzierung des 1. Arbeitsmarktes.

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
		<p>sowie von Migrantinnen und Migranten scheint es uns zwingend, dass spezielle Massnahmen (z.B. spezifische Angebote und Informationskanäle), welche im Rentenalter ansetzen, wenigstens diskutiert werden. Möglicherweise eignen sich entsprechende Massnahmen zwar nicht auf der strategischen eidgenössischen Ebene, könnten aber bei den Gemeinden und den Kantonen gefördert und initiiert werden.</p>	
Lausanne	<ul style="list-style-type: none"> Document fort riche, dont il faut de toute manière saluer l'existence. Il faut aussi espérer que Confédération, cantons et Villes trouveront sur cette base des terrains d'entente fertiles. D'une manière générale, l'approche de la pauvreté que propose la Stratégie reste concentrée sur des domaines d'intervention traditionnels (formation, sécurité sociale, étrangers, etc.), mais semble ignorer que les questions d'intégration doivent être considérées de manière plus large, en impliquant les questions d'urbanisme, de sécurité publique, etc. Le travail exemplaire de l'Initiative des Villes avec sa stratégie semble ignoré, ce qui laisse songeur... 	<ul style="list-style-type: none"> Les mesures prévues dans le cadre de la révision de la LACIO doivent être combattues vigoureusement. Elles mettent en cause les mesures actives du marché du travail, qui ont fait la preuve de leur efficacité en particulier en ce qui concerne l'intégration des étrangers, souvent peu formés. Ces mesures pourraient/devraient être couplées à des mesures d'intégration, en particulier par des cours de langue. L'apprentissage d'une langue est effectivement beaucoup plus facile lorsqu'il s'effectue dans un contexte d'activité professionnelle, plutôt que de manière relativement abstraite, dans une salle de classe 	<ul style="list-style-type: none"> La Stratégie évite d'approcher la question du revenu salarial. Une action résolue devrait être entreprise dans ce domaine pour assurer au moins à ceux qui travaillent un revenu décent (supérieur aux normes de l'aide sociale). Si l'introduction par la loi d'un tel revenu minimal semble manifestement vouée à l'échec, la Confédération et les cantons pourraient agir de manière insistante auprès des partenaires sociaux, afin qu'un salaire minimal soit introduit dans les contrats-types et les conventions collectives. Le rapport devrait faire des propositions en ce sens. La précarité des emplois est un facteur de risque pour une pauvreté aggravée. Dans la pratique, aujourd-

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<p>hui, de nombreux employeurs engagent une partie croissante de leur personnel par le biais de contrats à durée déterminée, ceci afin de s'assurer une flexibilité maximale en cas de baisse de commandes. La reconduction en chaîne de CDD est proscrite, parce qu'elle tend à amoindrir la protection des travailleurs et à les pénaliser dans la constitution de leur rente de vieillesse. Les tribunaux de prud'hommes sanctionnent de telles pratiques, lorsqu'elles sont dénoncées. Il faudrait cependant que le législateur les légifère à leur propos, afin de les proscrire de manière incontestable et à prévoir des sanctions financières dissuasives.</p> <ul style="list-style-type: none"> • La question de la formation professionnelle est évidemment centrale. La Stratégie n'évoque pas une tendance pour le moins fâcheuse, mais largement observée: la diminution de l'aide étatique aux étudiants. Dans de nombreux cantons, le montant des bourses ne permet pas d'effectuer des études à plein temps. Les bénéficiaires doivent travailler en plus et ceci est un facteur d'échec reconnu (et de prolongation des études). Ces tendances devraient être combattues, par exemple par une législation

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<p>donnant les moyens à la Confédération de contraindre les cantons à accorder des bourses de montants décents. Le canton de Vaud, avec le programme FORJAD, a fait preuve d'originalité, en transformant l'aide sociale donnée à des jeunes adultes (pour la plupart sans formation) entre 19 et 25 ans en bourses d'étude d'un montant équivalent. Les montants reçus par les bénéficiaires s'inscrivent dès lors dans une logique totalement différente, impliquant une dynamique d'avenir. Lorsque les premières évaluations de cette innovation seront faites, il vaudrait la peine que les bonnes pratiques vaudoises soient reprises par d'autres cantons. Cette logique devrait s'étendre aux personnes de plus de 40 ans, qui sont à l'aide sociale sans avoir de formation professionnelle.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Un des principaux problèmes des pauvres est de disposer d'un logement correct. Dans des appartements trop petits, les enfants n'ont ainsi par exemple aucun endroit où faire leurs devoirs scolaires ou où pouvoir lire tranquillement. La stratégie devrait formuler des propositions en termes de garantie du logement, de manière plus concrète qu'elle ne le fait.

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<ul style="list-style-type: none"> • Le rapport semble ignorer que la prévention de la pauvreté passe par le déploiement de politiques publiques tendant à l'intégration sociale dans tous les domaines : éducation, formation, mais aussi urbanisme, sécurité publique, etc. Voir à ce sujet la stratégie des l'Initiative des Villes – politique sociale. • La principale conséquence de la pauvreté relative (selon la définition donnée par le rapport), ce sont des conditions d'habitat difficiles. Les difficultés de logement rencontrées par les pauvres sont sous-estimées ; la question de la garantie du logement convenable n'est, sauf erreur de ma part, pas abordée. Des propositions en matière de politique du logement ne sont avancées que pour les personnes âgées, c'est insuffisant.
St. Gallen	<ul style="list-style-type: none"> • Der Bericht gibt einen guten Überblick über die aktuelle Situation und die bestehenden Herausforderungen. Wichtig ist, dass die Betroffenen mit eingebunden waren und auch in der Weiterarbeit bleiben. 	<ul style="list-style-type: none"> • 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Einsatz für Kinder und Jugendliche muss höher sein. Dazu gehören eine Reihe von Massnahmen: - Familien- und Kinderzulagen (evtl. weitere ergänzende Leistungen) müssen höher sein. Dabei ist durchaus auch denkbar, dass die Zulagen degressiv sind, also für Familien mit niederem Einkommen hoch, für die

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<p>mit hohem Einkommen gering bis zu gar keinen Leistungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Familien sind steuerlich mehr zu entlasten. Bei diesen zwei Punkten sind Bund und Kantone gefordert. - Das vorschulische Betreuungsangebot ist auszubauen, dabei soll besonderes Augenmerk auf die Sprachentwicklung und die soziale Einbindung gelegt werden (hier sind die Städte führend, kleinere Gemeinden mehr gefordert!). - Das schulergänzende Angebot soll verbessert werden (bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit). Dazu gehören zum Beispiel Mittagstische mit Möglichkeit, die Aufgaben zu machen, ganz generell Aufgabenhilfe sowie Förderunterricht, besonders für schulisch schwächere Kinder, es braucht aber auch mehr Schulsozialarbeit und Förderung der sozialen Kompetenzen. - Freizeitaktivitäten, welche die bildungsmässige, die soziale und die sportlich-körperliche Kompetenz von Kindern fördern, sollen zugänglich gemacht werden für alle (entweder durch Vergünstigungen, Subventionen oder individuelle Beiträge an betroffene Kinder). <ul style="list-style-type: none"> • Kein Jugendlicher bzw. junger Er-

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<p>wachsener zwischen 18 und 25 Jahren sollte in der Sozialhilfe landen. Dazu gehört die Förderung der Ausbildung bis zur Integration im Arbeitsleben. Dazu würde aber auch gehören, dass dieser Auftrag strukturell nie an die Sozialämter delegiert werden könnte.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bund und Kantone sind bezüglich Berufsbildung gefordert. Sie müssen die Ausbildungsangebote schaffen und fördern (bis hin zu Angeboten für Bildungsschwache wie Anlehren). Der Bund muss seinen Einsatz für junge Erwachsene via ALV (oder Ausbildungsbeiträge?) verstärken. - Wer in einer Ausbildung ist, soll mit den Beiträgen der Eltern, einem allfälligen Lehrlingslohn und Stipendien genug zum Leben haben (keine Sozialhilfe während der Ausbildung). - Das Case Management für Jugendliche, die den Übergang von der Schule in die Lehre bzw. von der Lehre ins Berufsleben nicht schaffen, muss ausgebaut werden. Es braucht eine schnelle Erfassung der Problemfälle. <ul style="list-style-type: none"> • Bezüglich Langzeitarbeitslosigkeit ist es wesentlich, dass die ALV nicht auf Grund des Kostendrucks ihre Beitragszeiten und -leistungen kürzt und

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<p>besonders, dass berufsqualifizierende Kurse oder Weiterbildungen weiterhin übernommen und gefördert werden durch den Bund. Bildungsleistungen bleiben zentral während der ganzen beruflichen Laufbahn. Dass die ALV diametral zu den Empfehlungen dieses Berichts des Bundes revidiert werden soll, befremdet.</p> <p>Der Bund sollte seine Position in der ALV Revision korrigieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Sozialämter kommen meist viel zu spät ins Spiel, wenn die Langzeitarbeitslosigkeit schon gegeben ist (nach der Aussteuerung). - Es sollte "eine einzige Eingangspforte" geben für ALV, IV und Sozialhilfe. Gemeinsame Triage, ein Falldossier statt mehrere. Ein Teil der Kosten entsteht dadurch, dass heute vermehrt gerichtlich geprüft werden muss, wer finanziell für einen Fall zuständig ist. Das generiert zusätzliche öffentliche Ausgaben. - Case Management und Coaching sollten für komplexere Fälle und für ältere Arbeitslose ausgebaut werden. - Es ist zu prüfen, ob ältere oder gesundheitlich gefährdete Langzeitarbeitslose (vor allem auch solche ohne Berufsbildung) nicht vermehrt im 2. Arbeitsmarkt beschäftigt werden sol-

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
			<p>len bzw. im Fall, dass sie eine Arbeit im 1. Arbeitsmarkt erhalten könnten, ein Teil der Risiken des Arbeitgebers (längere Krankheit, usw.) für eine begrenzte Dauer (max. 1-2 Jahre) von der öffentlichen Hand getragen werden soll.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es braucht eine gewisse Harmonisierung zwischen den verschiedenen Sozialversicherungen und der Sozialhilfe. Es darf nicht sein, dass die Leistungen derart unterschiedlich hoch ausfallen, je nach dem welche Sozialleistung greift (mit IV zum Beispiel deutlich höhere Minimalbeiträge als mit der Sozialhilfe). Dabei dürfen die Sozialhilfebeiträge nach Möglichkeit nicht steigen. • Die Gesetze müssen so angepasst werden, dass es möglichst keine Schwelleffekte gibt. Wer arbeitet und ein Einkommen erzielt, darf nicht benachteiligt werden gegenüber Personen ohne jedes Einkommen. Die Anreize zur Arbeit müssen genügend hoch sein. (Sanktionen müssen aber ebenso weiterhin möglich sein und systematischer geregelt werden. Sie gehören zum Anreizsystem.)
Winterthur	<ul style="list-style-type: none"> • Die ganze Bestandesaufnahme und Analyse in den 6 massgeblichen The- 	<ul style="list-style-type: none"> • Massgabe Bundesverfassung: Ich selber bin die erste, die in jedem 2. 	<ul style="list-style-type: none"> •

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
	<p>menbereichen finde ich sorgfältig und hilfreich für die Beschreibung der Ausgangslage. Diese im Gegensatz zu den Vorstössen im Parlament und den alarmistischen Gruppierungen, die die Armut in der Schweiz als soziale Katastrophe und Scheitern unserer Sozialen Sicherungssysteme inszenieren wollen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was am ganzen Papier strategisch ist, leuchtet mir überhaupt nicht ein, ich sehe es eher als Massnahmenkatalog. Schade, dass die Chance verpasst wird, eine Strategiediskussion auszulösen. Eine solche wäre nötig z.B. um die Frage wie viel Welfare, wie viel Workfare, wieweit bewegen wir uns aus der BV heraus in eine Sozialhilfe mit Bedingungen (Prinzip Leistung/Gegenleistung). Das hat das Bundesamt für Sozialversicherungen leider nicht mal angetönt (wäre eine Gelegenheit gewesen bei dem Abschnitt Steuergutschriften). Aber eben: tiefer schürft das Papier nicht und nimmt mich deshalb auch nur wenig gefangen. Keine heissen Eisen sind thematisiert, keine sozialpolitischen Schlüsselfragen werden aufgeworfen. • Verschiedenes hingegen ist schon längst realisiert oder in der Umset- 	<p>Referat über Sozialpolitik inklusive 1. August Rede die Präambel der Bundesverfassung zitiere von der Stärke des Volkes, die sich im Wohl der Schwächen zeigt. Aber die Forderungen der "Betroffenen" (Stellungnahme ATD vierte Welt) steht für mich quer in der gesellschaftspolitischen Realität. Das geforderte "Mehr" an Würde, Respekt, Beratung, Partizipation, Partnerschaft und finanzielle Mittel verträgt sich nicht mit der Bereitschaft der Bevölkerung, noch mehr von ihrem Steuergeld in die Finanzierung sozialer Dienste zu stecken. Und je mehr die Achtung und Würde gefordert wird, als Rechtsanspruch, desto eher wird er von der Gesellschaft verweigert. Das ist meine Wahrnehmung. Dieser Mechanismus mag betrüblich sein, aber er ist politische Realität. Angesichts der immensen Anstrengungen all unserer Fachdienste für den fairen und respektvollen Umgang mit Klienten, ist diese Anspruchsmentalität der Sozialhilfeempfänger auch eine schmerzhaft unverdiente Ohrfeige und erleichtert die Arbeit nicht.</p> <p>Mit den Forderungen der ATD Vierte Welt habe ich auch darum eher Mühe, weil das ganze soziale Dienstleis-</p>	

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
	<p>zung (z.B. Frühförderung und die ganzen Projekte zugunsten der Entwicklung sozial benachteiligter Kinder, Schulsozialarbeit, offene Jugendarbeit im Freizeitbereich, im öffentlichen Raum, Vernetzung mit allen Akteuren vor Ort, ferner Anschlusslösungen Schulabgänger, Brückenangebote "kein Abschluss ohne Anschluss, Attestausbildungsplätze und, und, und). Wichtig ist jetzt, wie die noch nicht umgesetzten Massnahmen priorisiert und auf der richtigen politischen Ebene angesiedelt und richtig koordiniert werden. Da gibt es Handlungsbedarf, wenn nicht einfach bestehende Gärten gepflegt werden. Sodann ist wie immer die Finanzierung umstritten (z.B. Vermeidung Schwelleneffekte mit Einbezug des Einkommensfreibetrags – das ist ja faktisch eine Erhöhung Grundbedarf SKOS). Wichtig ist auch die IIZ und die Arbeit am Bundesrahmengesetz. Aber dafür liefert das Strategiepapier leider nur die Bestandesaufnahme.</p>	<p>tungsnetz im Ganzen auf sehr hohem Niveau realisiert ist. Der bezeichnete noch bestehende Handlungsbedarf ist auch nicht neu sondern ausnahmslos bekannt und anerkannt.</p>	
Zürich	<ul style="list-style-type: none"> • Stossrichtung der Strategie ist grundsätzlich gut. • Begrüssenswert ist vor allem die Initiative zur Harmonisierung der ver- 	<ul style="list-style-type: none"> • 	<ul style="list-style-type: none"> • Wie und von wem wird die Umsetzung der Empfehlungen finanziert? • Können Kantone zugeschriebene Aufgaben aufgrund ihrer „Praxisfer-

Stadt	• Allgemeine Einschätzung	• Besondere Fragestellungen	• Anmerkungen/Fragen /Erwartungen
	<p>schiedenen Bedarfsleistungen (Schwerpunkt 2). Gerade in diesem Punkt ist allerdings ein koordinierter Auftrag zwingend, da alle drei staatlichen Ebenen involviert sind. Idee der Steuergruppe ist daher ein Anfang.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strategie beinhaltet alte Forderungen wie Vernetzung zwischen AkteurInnen, Früherkennung von Langzeitarbeitslosigkeit oder Zusatzleistungen für einkommensschwache Familien: Konkrete Umsetzung ist daher fraglich. • Viele Empfehlungen des Bundes befinden sich bereits in der Umsetzung (z.B. im Bereich der Kinderbetreuung). • Bei Umsetzung der Massnahmen muss zwingend Bestehendes und Bewährtes beachtet werden, bevor das Rad neu erfunden wird. • Irritierend ist die Ebenenvermischung bei den Empfehlungen. Sehr konkrete Empfehlungen wie z.B. jene bzgl. Schwelleneffekte stehen ganz allgemein gehaltenen Empfehlungen wie z.B. jene bzgl. Vernetzung gegenüber. 		<p>ne" wirklich wahrnehmen (z.B. im Bereich Case Management Berufsbildung)?</p> <ul style="list-style-type: none"> • SSA: Was heisst „unabhängig von der konventionellen Sozialarbeit“? In Zürich ist die SSA eben gerade bei den Sozialen Diensten verortet, um nicht von der Schule „vereinnahmt“ zu werden. Trotzdem findet eine enge Zusammenarbeit zwischen der SSA und der Schule statt.